

Reg.Nr. 10-19 / ~~2019~~



SD
Verwaltungsausschuss
8.10. Schließung
01. Okt. 19
PLAUEN

SPD GRÜNE INITIATIVE Fraktion
Unterer Graben 1, 08523 Plauen

An:
Stadt Plauen
Oberbürgermeister Rolf Oberdorfer
- Sitzungsdienst -
Unterer Graben 1
08523 Plauen

Unterer Graben 1
08523 Plauen
Fon: 03741 291 1039
Fax: 03741 291 31039
spd-gruene-initiative-fraktion@plauen.de

Oliver Bittmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Plauen, den 30.09.2019

Beschlussantrag: Maßnahmenergreifung gegen Rechtsradikalismus in Plauen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit übersende ich Ihnen einen Beschlussantrag der SPD/Grüne/Initiative-Stadtratsfraktion Plauen für die Stadtratssitzung am 08. Oktober 2019.

Antragstext:

Der Stadtrat möge beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, alle gesetzeskonformen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den bestehenden Rechtsradikalismus in Plauen einzudämmen und nach Möglichkeit aus der Stadt zu verdrängen. Dazu wird zusätzlich die Verwaltung und deren Vertreterinnen und Vertreter, insbesondere der Oberbürgermeister, angeregt, entsprechende Informationen über Fortbildungen, Beratungen, bestehende Netzwerke u.ä. einzuholen sowie aktiv in Netzwerken zum Thema (bspw. Bündnis für Demokratie und Toleranz) in Sachsen Mitglied zu werden.

Begründung:

Plauen hat ein rechtsradikales Problem. Gerade in jüngster Zeit ist unsere Stadt durch dieses Thema in negative Schlagzeilen geraten. Die Außendarstellung von Plauen hat durch diese negative Presse gelitten. Dies kann, sollte sich dieser Trend fortsetzen, Arbeitsplätze und wichtige Gewerbeansiedlungen kosten sowie zum weiteren Wegzug junger Menschen und Familien führen.

Mit diesem Beschluss, der eine Aufforderung des Stadtrates an die Verwaltung darstellt, alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, soll die Wichtigkeit solcher Maßnahmen dargestellt werden. Auf der anderen Seite soll der Verwaltung auch die Sicherheit gegeben werden, diese Maßnahmen auch unter Einbeziehung möglicher juristischer Niederlagen vor Gericht durchzusetzen und einzuleiten. Die Maßnahmen können dabei repressiver Art sein, wie z.B. ein Verbot, bestimmte Fahnen an bestimmten Gegenden aufzuhängen. Sie können jedoch auch fördernder Natur sein, wie z.B. Aufklärungsveranstaltungen gegen Rechtsradikalismus oder Fremdenfeindlichkeit.

Um dies umzusetzen müssen die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung gut informiert über alle Möglichkeiten und neue Entwicklungen sein und sich in Netzwerken mit anderen kommunalen Vertreterinnen und Vertretern austauschen. Deshalb ergeht die Anregung sich zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen,


Oliver Bittmann
Stellv. Fraktionsvorsitzender
